

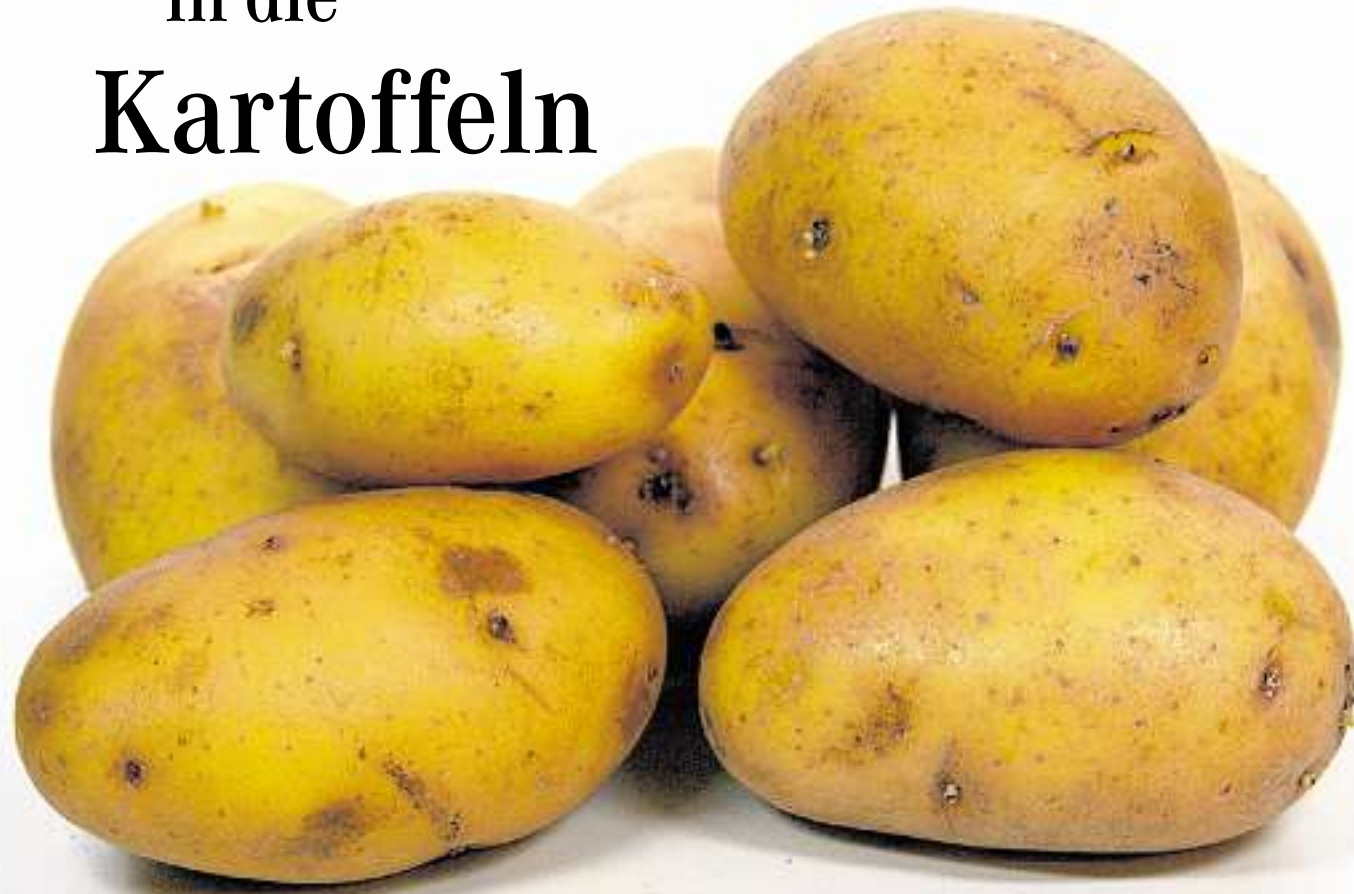
ANZEIGE

TV
WESER KURIER
Heute in Ihrer Tageszeitung.

Brief-Porto steigt auf 70 Cent

Bonn. Für immer mehr Menschen in Deutschland ist Briefe schreiben angesichts von E-Mail, Whatsapp & Co ein Auslaufmodell. Um den dadurch verursachten Umsatzrückgang aufzuhalten, wird die Deutsche Post aller Voraussicht nach ab 2016 erneut das Porto erhöhen – ein saftiger Zuschlag droht. Offenbar ist eine Anhebung um 13 Prozent von 62 Cent auf 70 Cent geplant. Auch nach drei Anhebungen in drei aufeinanderfolgenden Jahren sieht sich die Post aber keineswegs als Preistreiber. Ganz im Gegenteil: Die Briefpreise in Deutschland gehörten zu den günstigsten in Europa, beteuert der Branchenprimus immer wieder. Nur 15 Prozent der gut 20 Milliarden Briefe, die im vergangenen Jahr in Deutschland verschickt wurden, stammten von Privatleuten, der Rest war Geschäftspost. Wie viele sogenannte Standardbriefe (20 Gramm) darunter waren, ist unbekannt. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 19**

Rein in die Kartoffeln



Niedersachsen ist Kartoffelland Nummer 1 in Deutschland. Mit 47 Tonnen pro Hektar liegen die Landwirte im Norden bei der Ernte vorn. Deutschlandweit werden in diesem Jahr fast zehn Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. **Bericht Seite 16**

ANZEIGE

HOT SHOT

Knochenhauerstr. 20 • 1.Etage
bis Freitag

20% Rabatt
auf jede neue CD, DVD & LP

50% Rabatt
auf jede gebr. CD, DVD & LP

Bundesbank ade



Moritz Döbler
über eine Bremer Zäsur

Nichts gegen Oldenburg. Aber dass es in Bremen ab Donnerstag keine Filiale der Bundesbank mehr gibt, bleibt ein Ärgernis. Zwar wird es auch künftig Bargeld in Bremen geben, dank der Hauptverwaltung für Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit Sitz in Oldenburg. Trotzdem ist der Abzug der Bundesbank eine Schmach für das von Handel geprägte Bremen, das doch eine Art Hauptstadt für den Nordwesten sein will. Andere Bundesländer haben erfolgreicher Strippen gezogen, neben Bremen steht nur Schleswig-Holstein künftig ohne Bundesbank da.

Auch als zehntgrößte Stadt schneidet Bremen schlechter ab als andere. Kleiner sind Leipzig, Hannover, Nürnberg, Bochum, Bielefeld, Karlsruhe, Augsburg, Chemnitz, Magdeburg, Freiburg, Erfurt, Mainz, Rostock, Hagen, Saarbrücken, Ludwigshafen, Oldenburg, Osnabrück, Regensburg, Würzburg, Ulm, Göttingen, Reutlingen, Koblenz, Villingen-Schwenningen und Neubrandenburg – aber alle haben sie eine Bundesbankpräsenz. Diese kleineren Städte haben die Schließung ihrer Standorte verhindert. 35 sind übrig geblieben, 2002 waren es noch gut dreimal so viel.

Die Sicht des Senats, dass der Süden bevorzugt wurde, ist allenfalls ein Teil der Wahrheit. Bremen muss sicherstellen, bundespolitisch nicht abgehängt zu werden. Und Bremen muss seinen Anspruch, wichtigste Metropole der Region zu sein, auch wirklich einlösen wollen. Künftig müssen Bremer also nach Oldenburg, um ihre letzten D-Mark in Euro zu tauschen. Einkäufen kann man da ja auch ganz gut. **Bericht Seite 17**
moritz.doebler@weser-kurier.de

Unionsländer machen Bremen ein Angebot

245 Millionen Euro mehr aus dem Finanzausgleich / Opposition kritisiert Haushaltsplanung als gescheitert

VON WIGBERT GERLING
UND HAUKE HIRSINGER

Bremen. Bevor sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer in der kommenden Woche an der Weser treffen, wurden vom Bremer Senat die Planungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 einen Schritt nach vorne gebracht. „Die Eckwerte sind beschlossen“, verkündete Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) am Dienstag. „Wir haben einen Haushaltsrahmen geschaffen, der das strukturelle Haushaltsdefizit weiter senkt. Damit erfüllen wir den Konsolidierungskurs weiterhin.“ Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) mahnte: „Die Spielräume werden in den kommenden Jahren noch enger. Wir haben viel geschafft, aber es bleibt noch viel zu tun, damit Bremen ab 2020 die Schuldenbremse einhalten kann.“

Nach den Berechnungen des Finanzressorts werden im kommenden Jahr den Einnahmen von rund 4,3 Milliarden Euro Ausgaben von rund 4,8 Milliarden Euro gegenüberstehen. 2017 werden es 4,5 zu 4,9 Milliarden Euro sein. Das bedeutet, dass der Puffer zu der auf dem Konsolidierungspfad maximal erlaubten Neuverschuldung

shrumpft: von 183 Millionen Euro in diesem Jahr auf 56 beziehungsweise 21 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren. Sollte Bremen aus irgendwelchen Gründen – etwa gestiegenen Zinsen – für seine rund 20 Milliarden Euro Schulden, über diesen Puffer hinausgehen müssen, würde der Stabilitätsrat die jährlichen 300 Millionen Euro Zinsbeihilfe streichen.

Ohnehin ist das Zahlenwerk angreifbar. Nicht eingepreist wurden die aktuellen Haushaltsrisiken, der zu erwartende Nachtragshaushalt sowie die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten für Flüchtlinge. Doch trotz dieser Ungewissheit verteidigte Linnert das frühe Festlegen auf Eckwerte: Andernfalls würde sich die tatsächliche Verabschiedung des Doppelhaushalts noch weiter nach hinten verschieben.

„Das ist das Scheitern der linnertschen Finanzpolitik“, kommentierte Jens Eckhoff, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. „Wir sind entsetzt darüber, dass man nur eine Woche vor der Ministerpräsidentenkonferenz mitteilt, dass Bremen den Sanierungspfad ab 2018 verlassen wird.“ Sein linker Kollege Klaus-Rainer Rupp forderte: „Bre-

men muss endlich sagen, dass der Sanierungspfad ohne Zuwendungen vom Bund nicht eingehalten werden kann.“ Das Eckpunktepapier blende die Haushaltsrealität bewusst aus. Und auch Hauke Hilz (FDP) äußerte Bedenken: „Da muss die Finanzsenatorin noch nacharbeiten.“

Dennoch gibt es einen gewissen Hoffnungsschimmer, wenn die 16 Ministerpräsidenten und Kanzlerin Angela Merkel in Bremen um die neue überregionale Finanzverteilung ringen. Bremen könnte ausgerechnet von einem Vorschlag der unionsgeführten Länder profitieren: Nach einer neuen Berechnung bieten sie an, die Zinsbeihilfe für die Hansestadt von 300 Millionen auf 500 Millionen Euro zu erhöhen.

Derzeit bekommt Bremen schon über den allgemeinen Länderfinanzausgleich (Lfa) rund 660 Millionen Euro jährlich. Bayern, Hessen, das Saarland, Sachsen sowie Sachsen-Anhalt wollen auch hier 45 Millionen Euro mehr für die bremische Staatskasse bewilligen. Zudem erkennen die fünf Ministerpräsidenten an, dass Bremen und das Saarland „ergänzende finanzielle Hilfen“ bekommen könnten – eine halbe Milliarde Euro für jedes der beiden Länder.

Das wären also 200 Millionen mehr als die 300 Millionen Euro, die Bremen derzeit als Zinsbeihilfe bekommt.

Zusammen mit der Verbesserung aus dem allgemeinen Lfa wären das pro Jahr für das Land Bremen fast eine Viertelmilliarde Euro mehr. Dieser Betrag ist zudem deutlich höher als jener, der als Berechnungsgrundlage in einem Vorschlag der SPD-Länder genannt ist. Demnach würde Bremen bei einer Neuordnung des Länderfinanzsystems zwar aus dem allgemeinen Lfa über 90 Millionen Euro mehr bekommen. Es bliebe allerdings bei der Sonderhilfe bis 2019 bei 300 Millionen Euro – so wie bislang vereinbart.

Fachleute betonen indes, dass das System der Finanzverteilung zahlreiche Stellschrauben biete. Die Laufzeit für künftige Hilfszahlungen gehörte dazu, aber auch die Höhe der Einwohnerwertung. Die wird speziell den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin gewährt, weil diese mit ihrem Geld diejenigen städtischen Angebote finanzieren, die auch von der Bevölkerung aus dem Umland wahrgenommen werden. **Kommentar Seite 2**
Berichte Seite 9

Neues Asylrecht in Sicht

Berlin. Die Bundesregierung reagiert mit zahlreichen Änderungen und auch Verschärfungen im Asylrecht auf die rasant wachsenden Flüchtlingszahlen. Das Bundeskabinett brachte am Dienstag ein umfangreiches Gesetzespaket auf den Weg, das im Eiltempo das parlamentarische Verfahren durchlaufen soll. Vorgesehen ist unter anderem ein restriktiverer Kurs gegenüber Schutzsuchenden vom Balkan. Ein Netzwerk von Migrationsforschern kritisierte das Paket als enttäuschenden Schnellschuss mit viel Symbolcharakter.

Mit dem Gesetzespaket ist unter anderem geplant, Albanien, das Kosovo und Montenegro als „sichere Herkunftstaaten“ einzustufen, um Asylbewerber von dort schneller in ihre Heimat zurückzuschicken. Schutzsuchende sollen künftig deutlich länger als bislang in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und dort möglichst nur Sachleistungen bekommen. Die Auszahlung von Geld soll nur einen Monat im Voraus möglich sein. Auch deutliche Leistungskürzungen sind in bestimmten Fällen vorgesehen. Durch den Abbau bürokratischer Hürden soll gleichzeitig die Einrichtung neuer Asylunterkünfte einfacher werden.

Die Regierung will die Pläne beschleunigt durch Bundestag und Bundesrat bringen. Das Parlament soll am Donnerstag erstmals darüber beraten und die Länderkammer möglichst Mitte Oktober entscheiden, damit das Paket Anfang November in Kraft treten kann. **Standpunkt Seite 2-Thema Seite 3**

VERMISCHTES

Sultans Riesenschuhe

7

Mit 2,51 Metern gilt Sultan Kösen als der größte Mensch der Welt. Brahim Takioullah (2,46) und Abdramane Dembele (2,32) sind kaum kleiner. Alle drei haben Schuhgröße 60 und benötigen XXL-Schuhe.

BREMEN

Wo laufen sie denn?

13

Mehr als 7300 alte und junge Lauf-Begeisterte werden sich am Sonntag im Marathon, Halbmarathon und Zehn-Kilometer-Lauf miteinander messen. Die drei Laufstrecken führen kreuz und quer durch die Stadt.

DER NORDEN

Immer weniger Dorfschulen

15

Was etwa für die Lilienthaler Ortsteile Seebergen und Frankenburg bereits beschlossene Sache ist, bestätigt sich in ganz Niedersachsen: Immer mehr Dorfschulen werden geschlossen, weil die Schülerzahl sinkt.

KULTUR

Lachen über die deutsche Einheit

24

Eine prominent besetzte Podiumsdiskussion zur deutschen Wiedervereinigung hat politische Zeichner und Karikaturenkenner ins Gespräch gebracht. Auf Einladung der Bremer Konrad-Adenauer-Stiftung diskutierten unter anderem WESER-KURIER-Karikaturist Til Mette und die ostdeutsche Künstlerin Barbara Henninger über bildmächtige Momente der Geschichte.



Werder schult seinen Willen

Bremen (als). 50 Minuten lang hat Werders Trainer Viktor Skripnik seine Spieler am Dienstagvormittag laufen geschickt. Bei einer Extra-Einheit auf Platz 11 am Weststadion ließ er sie in vier Gruppen Tempowechsel trainieren: mal schnell, mal langsam. Dabei mussten nicht nur die Spieler in den einzelnen Gruppen zusammenbleiben – sondern alle vier Gruppen mussten das gleiche Tempo halten. Diese Übung sollte den Zusammenhalt und Teamgeist fördern, erläuterte Assistenztrainer Torsten Frings. Und sie sei auch „eine Art Willensschulung“ gewesen. Das solle aber nicht heißen, dass Werders Spieler zuletzt nicht genügend Willen gezeigt hätten, so Frings. Die Einheit am eigentlich freien Tag habe die Mannschaft jedenfalls „super angenommen“, betonte der Assistenztrainer. „Wir sind zufrieden.“

Angreifer Anthony Ujah berichtete, er und seine Kollegen sähen die schweißtreibende Einheit auf der Laufbahn „nicht als Strafe, nur als harte Arbeit“. Und diese harte Arbeit sei nötig, denn „wir haben unseren Job nicht gut gemacht“. Nach den jüngsten Niederlagen gegen die Aufsteiger FC Ingolstadt und Darmstadt 98 sowie gegen Bayer Leverkusen wolle Werder seine Negativserie endlich beenden, stellte Ujah klar. Am Sonnabend, in der Partie beim aktuellen Tabellenletzten der Bundesliga, Hannover 96, sei ein Unentschieden zu wenig: „Wir wollen gewinnen.“ **Bericht Seite 25**

KOPF DES TAGES

Jasper van't Hof



Er ist der Kopf der Ethno-Groove-Band mit dem schönen Namen Pili Pili. Und er wird naturgemäß im Fokus der Aufmerksamkeit stehen, wenn die auf afrikanische Musik spezialisierte Gruppe an diesem Mittwoch im Bremer Sendesaal auftritt: Jasper van't Hof, Pianist und Keyboarder der siebenköpfigen Formation, hat sich für „Ukuba noma Unkungabi“, das aktuelle Album, in Südafrika umgehört. Zugleich aber hat der 68-jährige Niederländer sein Spektrum spektakulär erweitert, indem er seiner Weltmusik nun auch europäische Einflüsse einspielt.

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

☀️ 🌙 ☔

17° 4° 20%

Heiter bis wolkig
Ausführliches Wetter Seite 8

RUBRIKEN

Familienanzeigen	20	Rätsel & Roman	29
Fernsehen	32	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	23	Veranstaltungsanzeigen	14

H 7166 • 28189 BREMEN

3 0040
4 194176 301309